

Niederschrift

**über die Sitzung des
Sitzungskennziffer:**

**Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt
XVI / 22**

Tag der Sitzung:

Donnerstag, 08.12.2011

Ort der Sitzung

Rathaus, Ratssaal

Dauer:

18:00 Uhr bis 18.45 Uhr

Unterbrechungen:

keine

Anwesende:

sh. beiliegende Anwesenheitsliste Anlage 1)

Vorsitz:

Herr Hansen

Schriftführerin:

Frau Janus-Braun



Tagesordnung:

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hansen, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung und stellt sodann die Beschlussfähigkeit fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, teilt mit, dass Herr Prof. Vallée den heute vorgesehen Vortrag absagen musste. Dieser werde in der Sitzung am 19.01.2012 nachgeholt. Den TOP A)

2. Georeferenzierte Datenplattform und Verkehrsmodell für die StädteRegion Aachen;
hier: Mündlicher Vortrag Prof. Vallée, RWTH, Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr

ziehe er daher zurück. Darüber hinaus bittet er, die Tagesordnung um die nachgereichte Vorlage A) 3.

- 3.4 Errichtung einer Treppenanlage zur fußläufigen Verbindung zum Plangebiet Bebauungsplan Kistenplatz;
hier: Hammstraße

zu erweitern. Weitere Änderungen wurden nicht gewünscht, so dass die Tagesordnung einstimmig wie folgt abgewickelt wurde:

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)
2. Georeferenzierte Datenplattform und Verkehrsmodell für die StädteRegion Aachen;
hier. Mündlicher Vortrag Prof. Vallée, RWTH, Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr
Abgesetzt.
3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 3.1 Nutzungserweiterung einer Kindertagesstätte durch gewerbliche Nutzung mittels Photovoltaikanlage;
hier: Saarstr. 33
- 3.2 Nutzungserweiterung des vorh. Feuergerätehauses durch gewerbliche Nutzung mittels Photovoltaikanlage ;
hier: Rektor-Soldierer-Weg 1b

Erteilung von Befreiungen gem. § 35 (2) BauGB - Außenbereichsvorhaben

- 3.3 Nutzungserweiterung eines Sportheimes durch gewerbliche Nutzung mittels Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gebäudes;
hier: Rüst 104
- 3.4 Errichtung einer Treppenanlage zur fußläufigen Verbindung zum Plangebiet Bebauungsplan Kistenplatz;
hier: Hammstraße
4. Bebauungsplan 5K (10. Änderung) "Seniorenresidenz Alt Breinig";
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13a BauGB
5. Bebauungsplan Nr. 35 -6.Änderung- "Am Birkenfeld" und 85. Änderung FNP;
hier: Ergänzende Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 BauGB sowie Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB
6. Bebauungsplan Nr. 153 "Prattelsackstraße";
hier: Vorstellung der Planung
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 BauGB
7. Radverkehrsanlagen und verkehrssichernde Maßnahmen auf der Sebastianusstraße (L 236);
hier: Ergebnis der Bürgerbeteiligung

8. Vergütung von Planungsleistungen zur Entwicklung von Bauland
9. Beschlusskontrolle;
hier: Informationsvorlage
10. Maßnahmen auf dem Jordansberg
11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;
Mitteilungen
-

A) Öffentliche Sitzung:

1. Einwohnerfragestunde (längstens 30 Minuten)

Der Vorsitzende, Herr Hansen, erteilt Herrn Hans Kreutz, Mitglied im Interkulturpark Velau, das Wort.

Dieser nimmt Bezug auf TOP A) 5. "B-Plan Birkenfeld". Er zeigt sich erstaunt, dass es im Beschlussvorschlag lediglich noch um die Anpflanzung von fünf Obstbäumen an einem geeigneten Standort gehe. Im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt" hätten sich die darin engagierten Teilnehmer drei Jahre sehr intensiv mit der Materie beschäftigt und u.a. auch im letzten Herbst eine Begehung des in Rede stehenden Gebietes vorgenommen. Mit Recht stünde dort das Schild "Geschützter Landschaftsbestandteil". Der Verein spreche sich nachdrücklich gegen die Erweiterung der Betriebe Kutsch und Leufgens aus.

Im Anschluss an die Wortmeldung erteilt Herr Hansen Herrn Wolfgang Lüttgens ebenfalls zur Thematik "B-Plan Birkenfeld" das Wort. Dieser erkundigt sich nach den bereits im Februar ausgeführten ökologischen Ausgleichspflanzungen im Bereich des Schlangenberges. Diese Pflanzungen seien -weil bereits ausgeführt- aus seiner Sicht nicht mehr für die Ausgleichspflanzungen heranzuziehen.

Hierauf antwortet der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, dass die Bepflanzung auf dem Schlangenberg zur Aufstockung des städtischen Ökokontos ausgeführt wurde. Das Prinzip der Ökokonten basiere darauf, dass Ausgleichsmaßnahmen auf "Vorrat" angelegt würden. Die sog. Ökopunkte würden an die Firmen Kutsch und Leufgens verkauft. Beide Firmen müssten nunmehr von der Stadt insgesamt Ökopunkte in sechsstelliger Höhe für Ausgleichszahlungen erwerben.

2. Georeferenzierte Datenplattform und Verkehrsmodell für die StädteRegion Aachen;
hier. Mündlicher Vortrag Prof. Vallée, RWTH, Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

3. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Erteilung von Befreiungen gem. § 31 (2) BauGB

- 3.1 Nutzungserweiterung einer Kindertagesstätte durch gewerbliche Nutzung mittels Photovoltaikanlage;
hier: Saarstr. 33

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

- 3.2 Nutzungserweiterung des vorh. Feuergerätehauses durch gewerbliche Nutzung mittels Photovoltaikanlage ;
hier: Rektor-Soldierer-Weg 1b

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

Erteilung von Befreiungen gem. § 35 (2) BauGB - Außenbereichsvorhaben

- 3.3 Nutzungserweiterung eines Sportheimes durch gewerbliche Nutzung mittels Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gebäudes;
hier: Rüst 104

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

- 3.4 Errichtung einer Treppenanlage zur fußläufigen Verbindung zum Plangebiet Bebauungsplan Kistenplatz;
hier: Hammstraße

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.

4. Bebauungsplan 5K (10. Änderung) "Seniorenresidenz Alt Breinig";
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13a BauGB

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den geschilderten Sachverhalt zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat,

- 1) **den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5K (10. Änderung) "Seniorenresidenz Alt Beinig" für das im Übersichtsplan gekennzeichnete Gebiet zu fassen,
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- 2) **die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5K (10. Änderung) "Seniorenresidenz Alt Beinig" im beschleunigten Verfahren gem.§ 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB durchzuführen,
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
- 3) **den Flächennutzungsplan gem. § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung an den geänderten Bebauungsplan Nr. 5K (10. Änderung) "Seniorenresidenz Alt Beinig" anzupassen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**
5. Bebauungsplan Nr. 35 -6.Änderung- "Am Birkenfeld" und 85. Änderung FNP;
hier: Ergänzende Auswertung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Behörden gem. § 4 BauGB sowie Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB

Für die SPD-Fraktion begrüßt RM Engels den jetzigen Beschlussvorschlag, dem ein langwieriger Prozess mit konträren Diskussionen vorausgegangen sei. Die Vorlage stehe in engem Kontext mit den Vorlagen für HA und Rat am 13.12. (städtebaulicher Vertrag und Kaufverträge). Ohne diesen Beschlussfassungen vorweggreifen zu wollen, begrüße er ausdrücklich, dass die Einwände der Bevölkerung in den städtebaulichen Vertrag eingeflossen seien. Der Bebauungsplan solle mit der heutigen Beschlussfassung durch den ASVU zu einem guten Abschluss gebracht werden. Daher beantrage er, den einleitenden Satz des Beschlussvorschlages wie folgt zu formulieren:

"Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat unter dem Vorbehalt, dass der Abschluss der städtebaulichen Verträge und der Kaufverträge im Hauptausschuss / Rat am 13.12.2011 beschlossen werden, zu beschließen:"

Für die CDU-Fraktion unterstützt RM Kirch die Ausführungen seines Vorredners ausdrücklich und trägt die Ergänzung des Beschlussvorschlages mit.

Alsdann steigt der Vorsitzende, Herr Hansen, in die Abstimmung über den modifizierten Beschlussvorschlag ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat unter dem Vorbehalt, dass der Abschluss der städtebaulichen Verträge und der Kaufverträge im Hauptausschuss / Rat am 13.12.2011 beschlossen werden, zu beschließen:

**A.1.1 Der Anregung, Straßenbäume als ökologischen Ausgleich in der Velau anzupflanzen, wird nicht gefolgt.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**

A.1.2 Der Anregung, im Bereich Velauer Berg und Leimberg eine Obstwiese als ökologischen Ausgleich zu entwickeln, wird nicht gefolgt.

**Es wird jedoch im Rahmen der “Sozialen Stadt Velau / Auf der Mühle” nach einem geeigneten Grundstück zum Pflanzen von fünf Obstbäumen gesucht und innerhalb der üblichen Pflanzperioden eine Pflanzung durchgeführt.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**

- B. Sofern den vorgeschlagenen Beschlusspunkten A.1.1 sowie A.1.2 gefolgt wird, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt in Ergänzung der Beschlüsse vom 22.01.2009 bzw. 03.02.2009 dem Hauptausschuss / Rat, die Verwaltung mit der Durchführung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 35 -6. Änderung- Am Birkenfeld sowie der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 3 (2) BauGB zu beauftragen.
Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig**

6. Bebauungsplan Nr. 153 “Prattelsackstraße”;
hier: Vorstellung der Planung
Beschluss über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 BauGB

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 153 “Prattelsackstraße” einmütig zur Kenntnis und empfiehlt dem Hauptausschuss / Rat einstimmig, die öffentliche Auslegung der Planung gem. § 3 (2) BauGB i.V.m. § 13 BauGB anzuordnen.

7. Radverkehrsanlagen und verkehrssichernde Maßnahmen auf der Sebastianusstraße (L 236);
hier: Ergebnis der Bürgerbeteiligung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende, Herr Hansen, Herrn Schwietering vom gleichnamigen Ing.-Büro.

Im Anschluss daran erteilt er Herrn Konrads, CDU, das Wort. Dieser erläutert den mit der Ratspost am 05.12.2011 zugestellten Antrag seiner Fraktion. So habe sich bei der Bürgerbeteiligung herausgestellt, dass - wenn durchführbar gewesen wäre - von den Bewohnern ein separater Radfahrweg angestrebt wurde. Die topographische Lage lasse dies jedoch nicht zu. Zur Sicherheit der Anwohner werde daher das VZ 240 (gemeinsamer Fuß- und Radweg, beinhaltet bereits, dass Radfahrer Fußgänger nicht gefährden dürfen und entsprechend langsam fahren müssen) gefordert.

Weiter begrüße er, dass die Einmündungssituationen planerisch gelöst wurden. Insbesondere die Lösung für die Einmündung der Straße “Im Hirschfeld” sei positiv zu sehen. Auf Nachfrage von Herrn Pickhardt, FB 1, bestätigt Herr Konrads, dass im Falle eines nicht möglichen Grunderwerbs auf der gegenüberliegenden Seite der Einmündung die Verschwenkung des Geh-/Radweges trotzdem angelegt und lieber auf eine Aufstellfläche für Linksabbieger verzichtet werden solle. Die Verlagerung der Bushaltestelle solle nicht vollzogen werden. Vielmehr solle diese - trotz Wegfall einiger Parkplätze - an der jetzigen Stelle verbleiben. Weiter halte er die Forderung nach einer Querungshilfe am Steilstück in Höhe der Straße An der Waldmeisterhütte aufrecht.

Auch wenn dies nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Maßnahme stünde, halte er abschließend an der Forderung zum Bau eines Kreisverkehrs Atsch Dreieck und einer Umgehungsstraße für den Statteil Atsch weiter fest. Auf Nachfrage von Herrn Konrads erklärt Herr Hersch, A 61, dass sowohl Polizei als auch ASEAG erneut

angeschrieben wurden. Bis heute lägen keine neuen Stellungnahmen vor.

Für die SPD-Fraktion spricht RM Engels dem Büro Schwietering ein "dickes" Lob für die zügige Umsetzung aus. Die eingeflossenen Verbesserungen hätten nun zu einer runden Planung geführt. Seine Fraktion trage den Antrag der CDU-Fraktion mit.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zur Planung von Radverkehrsanlagen und verkehrssichernden Maßnahmen auf der Sebastianusstraße (L 236), die Stellungnahmen der Verwaltung hierzu und die entsprechend überarbeitete Vorentwurfsplanung, wie im Sachverhalt beschrieben, zur Kenntnis. Abweichend von der vorliegenden Planung soll die Bushaltestelle Atsch Kirche Fahrtrichtung Innenstadt an der bisherigen Stelle belassen werden. Weiterhin möge die Verwaltung veranlassen, weitere Querungshilfen zwischen An der Waldmeisterhütte und Atsch Dreieck zu veranlassen. Die Verwaltung wird beauftragt, den Landesbetrieb Straßenbau NRW aufzufordern, auf dieser Grundlage das Planverfahren zügig weiter zu führen, mit dem Ziel einer baulichen Umsetzung.

Nach der Beschlussfassung zu TOP A) 7. verlässt Ausschussmitglied Bonnie, CDU, um 18.25 Uhr die Sitzung. Ab 18.25 Uhr, TOP A) 8., nimmt RM Pietz, CDU, am weiteren Sitzungsverlauf teil.

8. Vergütung von Planungsleistungen zur Entwicklung von Bauland

Ausschussmitglied Grüttemeier, CDU, bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

- Sind die Vergütungssätze auch bei geringfügiger Erweiterung eines Bebauungsplanes zu zahlen?
Beantwortung durch Herrn Pickhardt, FB 1:
Die Vergütungssätze sind auch bei geringfügigen Änderungen eines B-Planes zu zahlen.
- Sind die Vergütungssätze auch bei Befreiungen von Festsetzungen zum B-Plan zu entrichten?
Beantwortung durch Herrn Pickhardt, FB 1:
Bei Befreiungen von Festsetzungen werden keine Gebühren erhoben.
- Sind die Vergütungssätze auch bei Baulückenschließung (ohne B-Plan) zu entrichten?
Beantwortung durch Herrn Pickhardt, FB1:
Nein.
- Ist bekannt, ob die Nachbarkommunen die Einführung der Vergütung planen?
Beantwortung durch Herrn Pickhardt, FB1:
Ja, fast alle Nachbarkommunen planen diese Vorgehensweise.

Abschließend bittet Ausschussmitglied Grüttemeier, CDU, auf Seite 3 der Verwaltungsvorlage um Überprüfung der Vergütungssätze. Hier habe sich seines Erachtens ein rechnerischer Fehler eingeschlichen, der ggf. zu Ungerechtigkeiten führen könne.

Herr Pickhardt bedankt sich für den Hinweis und sichert die Überprüfung bis zur Sitzung des Hauptausschusses / Rates am 13.12.2011 zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt empfiehlt Hauptausschuss und Rat einstimmig, von Bürgern, Investoren oder anderen privaten Investoren von Planverfahren zur Schaffung von Baurecht eine Erstattung von Personal- und Sachkosten nach dem im Sachverhalt beschriebenen Modalitäten-Grundsatz zu vereinbaren. Die Vergütungssätze sind bis zur Sitzung des Hauptausschusses / Rates am 13.12.2011 noch einmal zu überprüfen. Die Verwaltung wird ermächtigt, entsprechende städtebauliche Verträge abzuschließen. Über den einzelnen städtebaulichen Vertrag entscheidet gemäß Zuständigkeitsordnung der ASVU oder der Rat.

9. Beschlusskontrolle:

hier: Informationsvorlage

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Informationsvorlage bezüglich der Beschlusskontrolle einmütig zur Kenntnis.

10. Maßnahmen auf dem Jordansberg

Als ständiger Nutzer des Jordansberges geht RM Engels, SPD, darauf ein, dass er als Fußgänger in den vergangenen Jahren mehr als eine gefährliche Situation erlebt habe. Er zeigt sich sehr erstaunt, dass die Frage der Verkehrssicherheit bei 18%iger Steigung/Gefälle in der Verwaltungsvorlage mit einem "gewissen" Fragezeichen versehen wurde. Für die SPD-Fraktion lehne er die Alternative 1 des Beschlussvorschlages ab. Er unterstütze die Alternative 2 a mit dem Zusatz, dass

"... beschließt, im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht entlang der Straße Jordansberg ..."

beschlossen werde. Die Alternative 2 b) lehne seine Fraktion ab. Er begründet die Beschlussfassung wie folgt:

"Der Jordansberg ist eine schmale Straße mit ca. 18 % Gefälle (einer der höchsten Werte im Stadtgebiet), die nördlich an eine mit hohem Baumbestand bestandene Steilböschung angrenzt. Die Straße ist total verschattet und dadurch fast immer stark vernässt und stellt besonders in den Herbst- und Wintermonaten (Okt. bis Apr.) ein großes Gefahrenpotential mit Glätte und Eisbildung dar. Sie ist besonders für Fußgänger sehr gefährlich.

Durch die vorgeschlagene Maßnahme im Bereich des Böschungfußes in einer Breite von 7-8 m Rodungen vorzunehmen, würde eine Verbesserung der Luftzirkulation im Bereich der Straße herbeigeführt. Die Fahrbahn würde schneller abtrocknen und das Gefahrenpotential des Ausrutschens erheblich reduziert.

Auch könnten so Verbesserungen der Belichtung der Bebauung am Jordansberg erreicht werden. Durch das Zusammenwirken verschiedener negativer Faktoren ist der Jordansberg nicht mit anderem Baumstandorten im Stadtbereich zu vergleichen.

Es handelt sich eindeutig um einen Sonderfall und kann daher auch nicht als Präzedenzfall herangezogen werden."

Für die CDU-Fraktion unterstützt RM Pietz diesen Vorschlag mit der Ergänzung, dass es auch um die "Sonnenfinsternis" auf dem Jordansberg gehe. Daher seien unbedingt auch auf dem Kamm Freischneidearbeiten erforderlich.

Der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Prußeit regt darüber hinaus im Sinne der Anwohner an, dass die Verwaltung den Ausschuss in 12 Monaten darüber informieren möge, ob und inwieweit die Maßnahmen gegriffen hätten.

RM Kirch schließt sich für die CDU-Fraktion den Ausführungen seines Ratskollegen Engels an und verstärkt auch das Ansinnen seines Kollegen Pitz. Auch er zeigt sich von der Verwaltungsvorlage enttäuscht. Am Jordansberg stehe die Frage der Verkehrssicherungspflicht klar im Vordergrund.

RM Engels verdeutlicht, dass sich seine Fraktion aufgrund der äußerst schwierigen Haushaltslage bewusst an der Verkehrssicherungspflicht orientiert habe. Die berechtigten Anregungen seiner Kollegen Pietz und Prußeit fielen aber in den freiwilligen Bereich.

In direkter Erwiderung bittet RM Prußeit, dass es nichts verschlage, in einem Jahr zu schauen, ob die Maßnahmen gegriffen hätten. Dies wird vom Ausschuss unterstützt.

Darüber hinaus bittet RM Kirch die Verwaltung zu prüfen, ob auf dem Kamm auch "altersschwache Bäume" stehen.

Herr Pickhardt, FB 1, sichert die Prüfung zu.

Alsdann steigt der Vorsitzende, Herr Hansen, in die Beschlussfassung zu Alternative 2 a), erweitert um die Forderung der SPD-Fraktion, der Anregung der CDU-Fraktion und der Anregung der LINKEN-Fraktion ein:

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt mit 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, B'90/Grüne, LINKE) und 1 Nein-Stimme (FDP) im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, entlang der Straße Jordansberg ca. 30 Bäume zu roden und am Böschungsfuß Mulchmäharbeiten durchzuführen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht beauftragt zu prüfen, inwieweit auf dem Kamm Freischneidearbeiten ausgeführt werden können.

In 12 Monaten ist der Ausschuss über das Ergebnis der Arbeiten zu informieren.

11. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

11.1 RM Konrads, CDU, erkundigt sich erneut nach dem Umsetzungstermin für die Lichtzeichenanlage "Kaufland".

Nachträgliche Mitteilung der Verwaltung:

Die Maßnahme ist seitens Fa. Kaufland und von Kaufland beauftragten Ingenieur in Bearbeitung.

Mit der Umsetzung wird bis Ende Mai 2012 gerechnet.

11.2 RM Konrads, CDU, bittet, dass der Baulasträger an der LZA Finkensiefstraße / Bauschenberg das "vergessene" Geradeausschild entfernen möge.

11.3 RM Jussen, SPD, erkundigt sich nach dem Fortgang der Bauarbeiten im Europatunnel.
Herr Poqué, A 32, sichert die Beantwortung zur Niederschrift zu.

Nachträgliche Mitteilung der Verwaltung:

Der Landesbetrieb wurde diesbezüglich angeschrieben. Die Antwort steht aus.

B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

1.1 Der Niederschrift liegt die Auflistung über erteilte Baugenehmigungen für die Monate Oktober und November 2011 als Anlage 2) beigelegt.

1.2 Von Seiten der Verwaltung bedankt sich Herr Pickhardt beim Ausschussvorsitzenden Herrn Hansen und bei allen Ausschussmitgliedern für die angenehme und sehr fruchtbare Sitzungskultur im ASVU.
Er wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes Jahr 2012.

Diesen Wünschen schließt sich der Vorsitzende, Herr Hansen, ausdrücklich an und schließt die letzte Sitzung des ASVU im Jahr 2011 um 18.45 Uhr.

Josef Hansen
Vorsitzender

Edith Janus-Braun
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigelegt:

Anlage 1) Anwesenheitsliste
Anlage 2) Mitteilung zu TOP B) 1.1